

1852/J XXI.GP  
Eingelangt am: 2.1.2001

### **ANFRAGE**

der Abgeordneten Gerhard Reheis, DDr. Erwin Niederwieser, Mag. Gisela Wurm  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Schließung von Bezirksgerichten in Tirol

Aus Medienberichten war in letzter Zeit immer wieder zu entnehmen, dass es im Zuge einer Umstrukturierung der Gerichtsorganisation durch das Bundesministerium für Justiz zu Schließungen und Zusammenlegungen von Bezirksgerichten kommt. In diese Pläne sollen unter anderem auch die Schließung der Bezirksgerichte Landeck, Reutte, Silz, Hall Telfs und Zell am Ziller einbezogen sein. Die Bevölkerung in den betreffenden Regionen ist durch diese Pressemeldungen ziemlich verunsichert, da gerade für Bewohner abgelegener ländlicher Gebiete enorme Nachteile und Verschlechterungen zu befürchten sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz nachstehende

#### **Anfrage:**

1. Welche Bezirksgerichte sind in Tirol aufgrund der Strukturänderungen konkret bedroht ?
2. Wurden bezüglich Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten in Tirol schon Gespräche seitens des Bundesministeriums mit dem Land Tirol aufgenommen?
3. Wenn ja gibt es schon konkrete Ergebnisse?
4. Wie hoch beläuft sich die Kostenersparnis aufgrund der Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten in Tirol?

5. Gibt es im Zuge der Umstrukturierung der Gerichtsorganisation auch Pläne für Änderungen in der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte?
6. Was passiert mit den Mitarbeitern der von der Schließung betroffenen Bezirksgerichte?
7. Wurden die Mitarbeiter diesbezüglich schon informiert?
8. Welche, der von der Schließung bedrohten Bezirksgerichte wurden in den letzten 10 Jahren renoviert?
9. Wie hoch beliefen sich hierfür die Kosten?
10. In welchem Ausmaß, gereiht nach betroffenen Gerichten und Kalenderjahren, wurde von der rechtsuchenden Bevölkerung die Beratungsleistung dieser Gerichte im Rahmen der Amtstage in Anspruch genommen?
11. Wieviele Beratungen, gereiht nach betroffenem Bezirksgericht und Kalenderjahr, fanden im Bereich des Familien - und Eherechtes statt?
12. Welches statistische Datenmaterial über die Inanspruchnahme der Beratungsleistungen der betroffenen Bezirksgerichte wurde den Überlegungen zur Umstrukturierung der Gerichtsorganisation zugrunde gelegt?
13. Wurden Erhebungen durchgeführt, inwieweit die genannten Beratungen einer Erhöhung der Anzahl von streitigen und außerstreitigen Verfahren entgegenwirken?
14. Wurden die Auswirkungen der Schließung von Bezirksgerichten auf eine mögliche Erhöhung der anhängigen Gerichtsverfahren überprüft?
15. In welchem durchschnittlichen Ausmaß, bezogen auf den jeweilig betroffenen Gerichtssprengel, erhöhen sich die Anfahrtswege der rechtsuchenden Bevölkerung?